

Engagement in den Körperschaften

FVDZ-Landesversammlung will Gestaltungsauftrag in BLZK und KZVB wahrnehmen

Die Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) hat sich am 23. April im Kloster Banz einstimmig für die Teilnahme an den beiden Körperschaftswahlen in Bayern entschieden. Der Vorstand um den Landesvorsitzenden Dr. Jürgen Welsch unterstützt nachdrücklich die freiberuflich orientierte Politik der Kammerpräsidenten Michael Schwarz und Christian Berger. Neu ist, dass sich der bayerische FVDZ wieder in der KZVB engagieren will. Er fordert vom Gesetzgeber die Abschaffung der Hauptamtlichkeit der Vorstände.

Die beiden Tage in der ehemaligen Benediktinerabtei Banz in Oberfranken verliefen harmonisch wie selten eine Landesversammlung des FVDZ zuvor. Es gab Diskussionen in der Sache, aber bei der Marschrichtung waren sich die Delegierten einig. In der einstimmig gefassten Resolution an das Bundesgesundheitsministerium forderte die Versammlung Eigenverantwortung wo möglich und Solidarität wo nötig: „Alle Gesundheitsleistungen müssen allen Bürgern in freier (Zahn-)Arztwahl und ohne Schranken offenstehen. Solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen sind auf das Maß des individuell Notwendigen zu begrenzen.“

Michael Schwarz zum Gestaltungsauftrag

Als Festredner fesselte Kammerpräsident Michael Schwarz die Aufmerksamkeit der Versammlung. Im

Beisein des FVDZ-Bundesvorstandsmitglieds Berttram Steiner, des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Wolfram Sadowski und des ehemaligen langjährigen Versammlungsleiters des FVDZ und der BLZK, Dr. Eberhard Kultscher, stellte er die Frage nach dem „Zahnarzt – ein Freier Beruf?“. Er machte das Leitbild der Berufsausübung am zahnärztlichen Generalisten fest. Wenn man versuche, den berufsfertigen Zahnarzt gegen den berufsfähigen auszutauschen, werde er mit Leidenschaft auch auf Bundesebene dagegen kämpfen. Er sprach vieles an, was die Landesversammlung anschließend mit Anträgen unterstützte – auch bezüglich der Ehrenamtlichkeit in den Körperschaften. Man habe einen Gestaltungsauftrag in BLZK und KZVB. Wer dies nicht wahrnehme, überlasse es jenen, die nicht so freiberufliche Interessen vertreten.

Mit der Wahl von Schwarz als Festredner hatte der Landesvorstand im Vorfeld ein deutliches Signal gesetzt, das die Landesversammlung mittrug. Sie unterstützte vollumfänglich die Arbeit der seit über acht Jahren freiverbandlich geführten BLZK. Der FVDZ Bayern und die Kammer verfolgten die gemeinsame Zielsetzung, den Praxen möglichst viel Freiraum zu erhalten beziehungsweise zu schaffen, ihnen auf der anderen Seite aber Hilfestellung und Unterstützung zu geben, wo es notwendig sei, fasste der Landesvorsitzende Dr. Jürgen Welsch in seinem Rechenschaftsbericht zusammen. Als Beispiel nannte er die von der BLZK hervorragend gelungene Verknüpfung von Präventionskonzept und Qualitätsmanagement. Auch die Handhabung zum Erwerb der Röntgenaktualisierung, die Ablehnung eines Delegationsrahmens für Zahnmedizinische Fachangestellte von „oben“, die Unterstützung bei den Praxisbegehungen und die gemeinsam gelungene „Schubladisierung“ des GOZ-Entwurfs trügen eine freiberuflich orientierte und eindeutig freiverbandliche Handschrift.

Die Delegierten stellten sich mit überwältigender Mehrheit hinter die Systematik der Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) als Basis für die zukünftige Honorierung zahnärztlicher Leistungen. Die E-Card wird weiterhin abgelehnt. Ihre Einführung stelle eine unheilige Allianz von Datensammelwut



Fotos: Anita Würtke

Der FVDZ Bayern tritt an, um den Praxen Freiräume zu erhalten und Reglementierungen einzudämmen und will das unter anderem über eine intensive Zusammenarbeit der beiden Körperschaften BLZK und KZVB erreichen.

der Kassen, politischem Überwachungsdrang und wirtschaftlichen Interessen einzelner Firmen dar. Der FVDZ Bayern fordert weiterhin die Aufhebung des Zuzahlungsverbots. „Mehrkostenvereinbarungen haben sich für Patienten und Zahnärzte bestens bewährt. Neue Festzuschussregelungen oder Selektivverträge wären das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt“, heißt es in dem Beschluss der Landesversammlung.

Nepper, Schlepper, Bauernfänger?

Ein klares Nein gab es zu Selektiv- beziehungsweise sogenannten Ergänzungsverträgen. Sie schränken die freie Arztwahl und die Therapiefreiheit ein und spalteten den Berufsstand, lautete das einstimmige Credo der Delegierten. Dr. Reiner Zajitschek, Döhlau, beschäftigt sich seit Monaten auch mit den von der KZVB bereits abgeschlossenen Verträgen (IP, Endo, PA) und warnte vor den zunächst recht harmlos erscheinenden Inhalten, die aber mit einer erweiterten Dokumentationspflicht, der „Sozialisierung“ von bereits etablierter Privatleistung, der Meldepflicht über die KZVB an Krankenkassen und Qualitätsnachweisen seitens des Zahnarztes daherkämen. Es bestehe für die Krankenkassen die Möglichkeit, gemäß § 73c SGB V eine Anrechnung auf die Gesamtvergütung zu fordern und dieses Begehren im Schiedsamtverfahren möglicherweise durchzusetzen. Letztlich würde

Wahl des Landesvorstands

Der alte Vorstand ist der neue – mit einer Ausnahme: Dr. Alexandra Reil (Tännesberg/Oberpfalz) löst Dr. Andrea Jehle (Illertissen/Schwaben) ab, die nicht mehr kandidierte. Im Amt bestätigt wurden: Landesvorsitzender Dr. Jürgen Welsch (Hofheim/Unterfranken) mit 47 Ja-, 2 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen, Stellvertreter: Dr. Manfred Kinner (München), 41/7/2; Dr. Reiner Zajitschek (Döhlau/Oberfranken), 47/2/1. Mit überzeugenden Resultaten gewählt wurden auch die Beisitzer: Dr. Andrea Albert (Eichstätt/Oberbayern), 45/4/0; Dr. Manfred Albrecht (Schillingsfürst/Mittelfranken), 49/1/0; Dr. Christian Öttl (München), 47/2/0; Dr. Thomas Sommerer (Markredwitz/Oberfranken), 47/1/1 und Dr. Alexandra Reil (Tännesberg/Oberpfalz), 44/3/3. Die Versammlungsleitung bleibt in den Händen von Dr. Oliver Tarenz (Gerolzhofen/Unterfranken), Dr. Horst-Dieter Wendel (Bayreuth) und Dr. Hans Huber (Illertissen). Alle Ergebnisse und Beschlüsse der Landesversammlung auf der Homepage unter www.fvdz-bayern.de



FVDZ-Landesvorsitzender Dr. Jürgen Welsch (Mitte) mit seinen beiden Stellvertretern Dr. Manfred Kinner (links) und Dr. Reiner Zajitschek

der Abschluss vieler Ergänzungsverträge den Kollektivvertrag, für den die KZVB ja eigentlich zuständig sei, auf Kosten der gesamten Zahnärzteschaft aushöhlen. Man könne Selektivverträge wohl nicht verhindern, so sein Fazit, es könne aber nicht Aufgabe der zahnärztlichen Körperschaften sein, selbst aktiv solche Verträge abzuschließen.

FVDZ tritt bei KZVB-Wahl an

Kritik übte die Landesversammlung an der KZV-Arbeit der vergangenen sechs Jahre. Sie forderte in einem Antrag den Gesetzgeber auf, die Hauptamtlichkeit der Vorstände wieder abzuschaffen. Aus Erfahrung in Bayern stelle die derzeitige Regelung „eine politische Disziplinierung der Selbstverwaltung dar, die auf lange Sicht zu einer Entfremdung und Verselbstständigung ihrer Führungsspitze führt“. Die Leitung eines Freien Berufes gehöre in die Hände von ehrenamtlichen Vorständen. Aus diesem Grund votierte die Landesversammlung für einen wieder größeren Einfluss der Ehrenamtsträger in der KZVB und die Rückkehr zur demokratischen Wahl der Bezirksstellenvorsitzenden. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist auch die Einschränkung der Befugnisse des Vorstandsvorsitzenden sowie die Abschaffung der Bonuszahlungen an den KZVB-Vorstand – die beiden letztgenannten Forderungen richten sich an die aktuelle Vertreterversammlung. Die Landesversammlung beschloss ebenfalls einstimmig, den zusätzlichen Verwaltungskostenbeitrag für die KZVB von 30 Euro pro Mitglied und Monat zukünftig abzuschaffen.